

### Verlierer der Wende von 1989/90? Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Griechenland

Axt, Heinz-Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Axt, H.-J. (1995). *Verlierer der Wende von 1989/90? Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Griechenland*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 13/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45366>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Verlierer der Wende von 1989/90?**

### **Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Griechenland**

#### **Zusammenfassung**

Die griechische Politik gegenüber allen Nachbarländern außer Bulgarien wird von Standpunkten bestimmt, die einen Widerstreit nach sich ziehen. Solange der Ost-West-Konflikt andauerte, sah Athen in guten Beziehungen zu Sofia und damals auch zu Tirana ein Gegengewicht, das die offene Gegnerschaft zur Türkei und die latente Spannung zu Mazedonien ausglich, wobei im Hintergrund auch die UdSSR als ein positiver, weil gegen die Türkei wirkender Faktor gesehen wurde. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat Griechenland die Quasi-Verbündeten im Osten eingebüßt. Damit hat Athen die Grundlage für sein bisheriges, durch politische Konfrontation bestimmtes Vorgehen verloren, ohne dieses jedoch zu ändern. Das schafft eine Wahrnehmung allseitigen Bedrohtseins und die Neigung, sich mit welchen "Feinden der Feinde" auch immer (wie insbesondere mit den Serben) in einer Interessengemeinschaft zu sehen.

Griechenland empfindet sich, folgt man aktuellen Kommentaren<sup>1</sup>, als Verlierer der weltpolitischen Wende von 1989/90. Während Deutschland seine nationale Einheit gefunden hat, ist Griechenland durch die Konflikte auf dem Balkan vom übrigen Europa getrennt. Griechenlands Streitigkeiten mit seinen Nach-

<sup>1</sup> Vgl. in diesem Sinne Johannes Chr. Papalekas, Über Implikationen der Wende für Deutschland und Griechenland. Eine vergleichende Bilanz der Gewinne und Verluste, in: Heinz-Jürgen Axt (Hrsg.), Stabilisierung Südosteuropas. Beiträge aus deutscher und griechischer Sicht, München: Südosteuropa-Gesellschaft 1994.

barn im Norden mehrten sich, insbesondere die Auseinandersetzung mit der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM). Das unruhig gewordene sicherheitspolitische Umfeld korrespondiert mit wenig stabilen wirtschaftlichen und innenpolitischen Verhältnissen in Griechenland. Die politischen Auseinandersetzungen im Land scheinen das gängige Bild aufbrausender mediterraner Mentalität zu bestätigen. Da kann der Blick für Kontinuitäten griechischer Bedrohungsvorstellungen und sicherheitspolitischer Präferenzen schnell verlorengehen.

In den achtziger Jahren verfolgte die PASOK-Regierung von Andreas Papandreou eine eigenwillige und dem Westen gegenüber oft wenig kooperative Politik.<sup>1</sup> Es folgte zu Beginn der neunziger Jahre die Regierung der Neuen Demokratie (Nea Dimokratia) unter Konstantin Mitsotakis, die sich in deutlicher Abgrenzung von der Vorgängerregierung als prononciert prowestliche Kraft dargestellt hat. Wer indes erwartet, daß die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen in Griechenland völlig dem parteipolitischen Dissens unterliegen, sieht sich getäuscht.

### **Nationaler Konsens in der Sicherheitspolitik**

Der Parteienstreit macht sich im rhetorischen und deklaratorischen Element, weit weniger aber in der operationalen Politik bemerkbar. Es gibt in substantiellen Fragen der griechischen Außen- und Sicherheitspolitik einen nationalen Konsens und eine Kontinuität seit Mitte der siebziger Jahre. Grundlegende Kursänderungen haben weder in der Vergangenheit stattgefunden, noch sind sie für eine überschaubare Zukunft zu erwarten.<sup>2</sup>

Nach der Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland im Jahr 1974 hat der damalige Ministerpräsident Konstantin Karamanlis eine Sicherheitspolitik formuliert, die bis heute als gültig angesehen werden kann. Der nationale Konsens in der Sicherheitspolitik beruht in Griechenland auf folgenden Annahmen und Strategien:

- Die Türkei wird als die größte sicherheitspolitische Bedrohung wahrgenommen.
- Aus diesem Grund wird eine starke nationale Verteidigungskomponente als unverzichtbar angesehen.
- Die transatlantischen Beziehungen und die NATO werden als notwendige, aber nicht hinreichende Strukturen verstanden, um griechische Interessen zu verteidigen. Ihr Beistand wurde zu Zeiten des Kalten Krieges für unverzichtbar gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts gehalten; gegenüber der Türkei wird der sicherheitspolitische Stellenwert der USA und der NATO als begrenzt angesehen. Die türkische Invasion auf Zypern 1974 und die weitgehende Untätigkeit des Westens machen sich in Griechenland noch immer als traumatische Erfahrung bemerkbar.
- Um dieses - aus griechischer Sicht bestehende - Defizit auszugleichen, hat Karamanlis in der Mitte der siebziger Jahre eine "multinationale Außen- und Sicherheitspolitik" konzipiert. Um Griechenlands Position gegenüber der Türkei zu stärken, maß er der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) und möglichst engen Beziehungen mit den Nachbarstaaten auf dem Balkan, der Sowjetunion und der arabischen Welt besondere Bedeutung bei. Bei den Balkan-Staaten ging es ihm ebenso sehr darum, Bündnispartner gegen die Türkei zu finden wie Konflikte an der "Nordflanke" Griechenlands zu vermeiden.

Diesen Prinzipien war die Außen- und Sicherheitspolitik von Karamanlis in den siebziger Jahren verpflichtet. Der Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde 1975 gestellt, 1981 trat Griechenland der Gemeinschaft bei. Mehr noch als wirtschaftliche und finanzielle Aspekte

---

<sup>1</sup> PASOK: Panellinio Sosialistiko Kinima (Panhellenische Sozialistische Bewegung).

<sup>2</sup> Zu Griechenlands außen- und sicherheitspolitischen Perzeptionen und Strategien vgl. ausführlich Heinz-Jürgen Axt, Griechenlands Außenpolitik und Europa: Verpaßte Chancen und neue Herausforderungen, Baden-Baden: Nomos 1992.

(Transferzahlungen aus dem EG-Haushalt an Griechenland) spielte auf griechischer Seite das sicherheitspolitische Motiv beim EG-Beitritt eine Rolle.<sup>1</sup>

Die Beziehungen zu den arabischen Ländern und insbesondere zu den Nachbarn auf dem Balkan sowie zur Sowjetunion verbesserten sich in den siebziger Jahren in einer Weise, daß das für den Kalten Krieg gültige Konfrontationsschema zwischen Ost und West auf Griechenland nicht mehr zuzutreffen schien. Wenn von einer "Gefahr aus dem Osten" die Rede war, war damit die Türkei gemeint.

### **Wende von 1989/90: traditionelle "multidimensionale" Politik in Frage gestellt**

Gegen Ende der achtziger Jahre war der Konsens in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in Griechenland größer als je zuvor. Die PASOK-Regierung hatte sich nicht nur (spätestens ab 1982) die Grundprinzipien der multidimensionalen Politik zueigen gemacht, sondern hatte auch ab Mitte der achtziger Jahre von ihrem rhetorischen Radikalismus Abstand genommen. Nachdem die ab 1990 im Amt befindliche Regierung Mitsotakis das außenpolitische Profil von den letzten deklaratorischen Irritationen der Vorgängerregierung "gereinigt" und die Beziehungen zu den westlichen Verbündeten weiter entspannt hatte, hätte sich Griechenlands sicherheitspolitische Lage nachhaltig verbessern müssen, wenn nicht das Ende des Ost-West-Konflikt und die spezifische Reaktion Griechenlands auf diese Veränderung dazwischengekommen wären. Griechenland war mit einer Vielzahl neu entfachter Konflikte konfrontiert und hat es wenig verstanden, sich auf die neue Lage einzustellen sowie die Auseinandersetzungen vor allem an seinen Nordgrenzen zu entschärfen.

Das Ende des Kalten Krieges hat keine Entspannung im Verhältnis zur Türkei gebracht. Im Gegenteil, der Eindruck verstärkt sich, daß die Türkei in Griechenland noch stärker als früher für eine Bedrohung erachtet wird, denn einerseits verstärkt sich das regionale Gewicht der Türkei, und andererseits steht für viele griechische Politiker, Strategen und Analytiker fest, daß die Türkei auf die Balkan-Konflikttherde Einfluß nimmt - zum Schaden Griechenlands. Die arabischen Länder haben als bevorzugte Partner ebenso an Bedeutung verloren wie die (frühere) Sowjetunion.

Von herausragender Bedeutung ist die Tatsache, daß die Balkanstaaten ihre traditionelle Rolle in der multidimensionalen Politik verloren haben. Diese Staaten stellen nicht länger privilegierte Bündnispartner in der Auseinandersetzung mit der Türkei dar. Überraschend ist dabei lediglich, daß man in Griechenland bislang noch keine Konsequenzen aus dem sich abzeichnenden Verlust des "Balkan-Pfeilers" gezogen hat. Wäre man sich dessen bewußt, müßte man sich bei den Auseinandersetzungen mit den nördlichen Nachbarn wohl weit mehr um eine Politik der De-eskalation bemühen.

### **Die Mazedonien-Frage - ein Sicherheitsrisiko für Griechenland?**

Vor dem Hintergrund der geschilderten Veränderungen lassen sich die einzelnen Konfliktfelder, in die Griechenland verstrickt ist, und deren sicherheitspolitischer Stellenwert einordnen. Viele dieser Auseinandersetzungen waren während des Kalten Krieges "auf Eis gelegt" und sind nunmehr wiederbelebt worden. Das trifft auf die Mazedonien-Frage in besonderer Weise zu.

Der Streit um Mazedonien, bei dem es um den Staatsnamen, die Benutzung von (griechischerseits reklamierten hellenischen) Symbolen (Stern von Vergina) und die von Griechenland vermuteten expansiven Tendenzen der EJRM geht, spielt für die Athener Politik gegenwärtig die herausragende Rolle. 1944 wurde von Tito die "Föderative Republik Mazedonien" geschaffen. Das stieß zwar in Griechenland auf Widerspruch, doch spielte Athen diesen Streitpunkt im Interesse guter Beziehungen zu Jugoslawien herunter. Dazu fand sich die griechische Seite allerdings nicht mehr bereit, als (nach dem Referendum vom 8. September 1991) aus der Republik ein international anerkannter Staat Mazedonien werden sollte.

---

<sup>1</sup> Dies betont zu Recht Yannis Valinakis, Greece's Security in the Post-Cold War Era, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1994.

Verhandlungen über die Namensgebung des mazedonischen Staates fanden zwischen Athen und Skopje unter Vermittlung der Vereinten Nationen in New York statt, ohne daß sich allerdings Kompromißformeln herausgeschält haben. Am 16. Februar 1994 verfügte Athen einen Handelsboykott gegen Mazedonien. Skopje wurde von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe abgeriegelt, die ohnehin anfällige mazedonische Wirtschaft schwer geschädigt.

Der Streit wäre bei beiderseitigem guten Willen lösbar. Das trifft auch für die beiden Artikel 3 und 49 der mazedonischen Verfassung zu, die von Griechenland als Ausdruck des Revisionismus gesehen werden. Denn was in dieser Verfassung steht, entspricht nur den international üblichen Normen zur Frage von Grenzveränderungen.<sup>1</sup>

Was eine Beilegung des Streits um Mazedonien in Griechenland behindert, ist der in letzter Zeit überbordende griechische Nationalismus. Wo lange die Überzeugung genährt wurde, die Existenz Griechenlands, ja die hellenische Identität insgesamt stehe auf dem Spiel, hat es eine auf Interessenausgleich bedachte Politik schwer. Es gibt in Griechenland kaum Konzepte, wie die Beziehungen zum nördlichen Nachbarn entwickelt werden sollen, und wie die Lage dort langfristig zu stabilisieren ist.

Für den außenstehenden Beobachter ist es schwer nachzuvollziehen, daß die Mazedonienfrage in Griechenland als sicherheitspolitisches Risiko perzipiert wird.<sup>2</sup> Griechische Analytiker und Politiker sprechen durchaus von einem "Risiko" und einer "Bedrohung", die von Skopje angeblich ausgehe. Das muß überraschen, wenn man sich die militärischen Potentiale beider Seiten vor Augen hält: Zwei Millionen jugoslawische Mazedonier stünden im akuten Konfliktfall gegen zehn Millionen Griechen, und eine mazedonische Mini-Armee von 11.000 Mann und leichter Bewaffnung stünde gegen eine moderne griechische Armee von gut 170.000 Mann.<sup>3</sup> Und was vor allem nicht zu vergessen ist: Als Mitglied von NATO und WEU genießt Griechenland weitgehende Sicherheitsgarantien.

Sähe die Situation vielleicht anders aus, wenn Mazedonien ein Bündnis mit Bulgarien oder der Türkei gegen Griechenland einginge? Ein bulgarisch-mazedonisches Bündnis gegen Griechenland ist allerdings derzeit nicht in Sicht. Bulgarien legt zwar Wert auf ein gutes Verhältnis zur Türkei, will dies aber offensichtlich nicht als antigriechische Allianz verstanden wissen.

Auch der Türkei kann aktuell kein besonderes Interesse an Mazedonien unterstellt werden - auch nicht die Absicht, Griechenland "einzukreisen". Das "worst case"-Szenario für die griechische Seite ist das Beispiel Bosnien-Herzegowina: Die Türkei initiiert diplomatische Initiativen, vergibt Kredite, liefert Waffen, und eventuell tauchen auch türkische Kriegsfreiwillige auf, aber eine direkte militärische Intervention erscheint nicht realistisch. Die - in Griechenland als Schreckensvision verbreitete - Option eines neuen Osmanenreichs würde nämlich zugleich den vollständigen Abschied der Türkei von der Moderne, vom Westen bedeuten. Trotz kritikwürdiger türkischer Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite scheint es (noch) nicht gerechtfertigt zu sein, eine solche Entwicklung für einen überschaubaren Zeitraum anzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist auf das enge Verhältnis Griechenlands zu Serbien einzugehen. Dieses ist nicht nur das Resultat des gemeinsamen orthodoxen Glaubens und gemeinsamer historischer Erfahrungen (Frontstellung gegen Deutschland im letzten Weltkrieg), sondern beruht aus griechischer Sicht auch darauf, daß Serbien den Druck auf Mazedonien von Norden her verstärkt und ein Gegengewicht gegen den türkischen Einfluß auf dem Balkan darstellt.

---

<sup>1</sup> Vgl. eingehend dazu Heinz-Jürgen Axt, Mazedonien: ein Streit um Namen oder ein Konflikt vor dem Ausbruch?, in: Europa-Archiv, 48 (1993) 3, S. 65-75.

<sup>2</sup> Vgl. Yannis Valinakis, Greece's Balkan Policy and the "Macedonian Question", Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1992.

<sup>3</sup> Die drei mazedonischen Armeekorps verfügen über leichte Artillerie und vier sowjetische Weltkriegspanzer T 34, aber nicht über schwere Artillerie, Flugzeuge und Flugabwehr. Vgl. Duncan M. Perry, The Military in the Republic of Macedonia, in: RFE/RL Research Report, 1 (20.11.1992) 46, S. 16.

## **Weitere Konfliktpotentiale auf dem Balkan**

Die sicherheitspolitische Lage hat sich aus griechischer Sicht auch darum verschlechtert, weil die Differenzen mit Albanien zugenommen haben und weil Bulgarien seine Beziehungen zur Türkei verbessert hat. Die Entspannung im Verhältnis zu Albanien, die in den siebziger und vor allem achtziger Jahren beachtliche Fortschritte gemacht hatte, steht derzeit wieder auf dem Spiel. Griechenland beklagt sich darüber, daß die griechische Minderheit im südlichen Albanien ("Nord-Epirus"), deren Zahl - je nachdem ob man albanische oder griechische Quellen benutzt - zwischen 65.000 und 300.000 schwankt, systematisch unterdrückt werde. Es fehlt nicht an Hinweisen auf deren diskriminierende Behandlung (Religionsausübung, politische Rechte, wirtschaftliche Lage u.a.). Übersehen wird indessen oftmals, daß es mit der Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in Albanien derzeit noch keineswegs gut bestellt ist, so daß unter den beklagten Umständen nicht nur die Angehörigen der Minderheit, sondern auch die ethnischen Albaner zu leiden haben. Die griechische Regierung steht auch in der Nord-Epirus-Frage unter erheblichem innenpolitischem Druck. Das macht es den auf Ausgleich bedachten Politikern schwer, für eine behutsame Entspannung in den Beziehungen zu Albanien einzutreten. Die Medien sind mit dem Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung schnell bei der Hand. Die Politik in Griechenland muß sich also darauf einrichten, daß Albanien zwar keine Bedrohung im engeren (militärischen) Sinne ist, daß hier aber ein Unruheherd auf absehbare Zeit bestehen bleibt.

Die hier skizzierte Lage macht die spezifische Problematik der derzeitigen griechischen Außen- und Sicherheitspolitik deutlich: Man sieht sich mit Konfliktpotentialen an beinahe allen Grenzen konfrontiert. Der Konfliktbogen beginnt im Nordwesten mit Albanien, setzt sich über das ehemals jugoslawische Mazedonien fort, erstreckt sich im Osten bis zur Türkei und im Südosten bis nach Zypern. Das Bedrückende dabei ist, daß es der griechischen Politik weder gelungen ist, auch nur eines dieser Konfliktpotentiale zu entschärfen, noch daß Prioritäten und Präferenzen entwickelt worden sind, welche die Handhabung einer durch viele Konflikte bestimmten Situation erlauben würden.

Nachdem Griechenland in der Vergangenheit so gute Beziehungen zu Bulgarien entwickelt hatte, daß schon von der "Achse Athen-Sofia" die Rede war, hat das Land die Verbesserung der Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei als eine nachteilige Entwicklung wahrgenommen. Aus griechischer Sicht, die noch immer stark Konzeptionen der Gleichgewichtspolitik verhaftet ist, war damit ein Bündnispartner gegen die "Gefahr aus dem Osten" verlorengegangen. Die beschleunigte Annäherung zwischen Sofia und Ankara setzte ein, als die Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien nach den Wahlen vom Oktober 1991 eine innenpolitisch wichtige Rolle als Mehrheitsbeschafferin für die Regierung erlangen konnte.

Bulgarien hat aber keine Neigung, sich auf die Alternative einzulassen, Alliiertes entweder der Türkei oder Griechenlands gegen die jeweils andere Seite zu sein. Es bevorzugt derzeit - nicht zuletzt, um seine Chancen bei der EU nicht zu gefährden - eine multilateral ausgerichtete Strategie und sieht sich im griechisch-türkischen Streit eher als Vermittler denn als Partei.

## **Die Türkei für Griechenland auch weiterhin der Hauptwidersacher**

Die griechische Außen- und Sicherheitspolitik hat sich auf neue Konflikte bzw. auf die Zuspitzung seit langem bestehender Differenzen einstellen müssen, ohne daß die traditionellen Streitpunkte mit der Türkei einer Lösung nähergebracht worden sind. Die Türkei bleibt für Athen der Hauptfeind. Dabei hat sich ein Konfliktmuster eigener Art herausgebildet: Einerseits sind die griechischen militärischen Potentiale vorrangig gegen die Türkei gerichtet. Noch zu Zeiten des Kalten Krieges zog sich die Athener Regierung den Unmut der westlichen Regierungen zu, als sie 1985 in einer neuen Verteidigungsdoktrin die Türkei zum Hauptgegner erklärt hatte. Dementsprechend mußten die griechischen Militärverbände nicht mehr an der Grenze zu Bulgarien, sondern auf den Inseln vor der Türkei disloziert werden.

Andererseits kann Griechenland (ebenso wie die Türkei) mit diesem Konflikt relativ kontrolliert umge-

hen, so daß die Gefahr eines militärischen Konflikts begrenzt bleibt. Exemplarisch wird dies immer wieder an folgendem "Ritual" deutlich: Türkische Militärflugzeuge dringen in den von Griechenland reklamierten Luftraum von zehn Meilen um die Ägäis-Inseln ein, weil die Türkei lediglich sechs Meilen akzeptiert. Daraufhin steigen griechische Jäger auf und drängen die türkischen Flugzeuge ab. Politik und Presse insbesondere in Griechenland protestieren jeweils energisch gegen die "Verletzung des Luftraums". Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation "aus Versehen" ist relativ gering, weil beiden Seiten die Optionen der Gegenseite bekannt sind. Als Plädoyer für die Beibehaltung der derzeitigen Zustände sind die Bemerkungen nicht zu verstehen, bindet doch der bilaterale Konflikt auf beiden Seiten nicht nur erhebliche militärische Potentiale, sondern auch dringend benötigte wirtschaftliche und finanzielle Ressourcen. Mit 6,4% war der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung in Griechenland 1991 nicht nur auf dem Balkan, sondern in der gesamten NATO der höchste (Türkei 4,9%).

Es sind drei Konfliktpotentiale, welche die Bedrohungswahrnehmungen in Griechenland gegenüber der Türkei prägen. Bezüglich des Minderheitenkonflikts in Westthrakien befürchtet man, daß die dortige

türkisch-muslimische Population als "verlängerter Arm Ankaras" politisch destabilisierend wirkt und daß es aufgrund der demographischen Entwicklung zu einer "Islamisierung" griechischen Territoriums mit anschließender Sezession am Ende kommen könnte. Beim Ägäiskonflikt sieht die griechische Seite Rechtspositionen und eigenes Territorium bedroht.<sup>1</sup> Was Griechenland als unbestreitbares Recht ansieht (u.a. die Ausdehnung der Territorialgewässer um die griechischen Ägäisinseln), hat die Türkei zum "Kriegsgrund" erklärt. Im Falle Zyperns schließlich befürchtet Griechenland, daß die Türkei nicht nur die Abspaltung des nördlichen Inselteils verewigen will, sondern daß auch Übergriffe auf das Territorium der Republik Zypern nicht auszuschließen sind.

## **Noch keine Antworten auf die neuen Herausforderungen**

Daß aufgrund der geschilderten Entwicklung insbesondere auf dem Balkan der traditionellen Sicherheitspolitik Griechenlands der Boden entzogen ist, wird in Griechenland ebenso wenig diskutiert wie Alternativmöglichkeiten. Dies ist die eigentliche Herausforderung für Griechenland. Daß sich die griechische Seite in - zumindest von außen her betrachtet - überflüssigen Auseinandersetzungen (Mazedonienfrage) verschleißt, läßt für die Zukunft manche Überraschung erwarten. Griechenland kann in der EU und der NATO nicht nur (wie bisher) ein schwieriger, sondern in mancher Hinsicht auch ein unberechenbarer Partner werden, weil über seine künftigen sicherheitspolitischen Prioritäten zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Konkretes gesagt werden kann.

Das griechische Dilemma nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stellt sich wie folgt dar: Auf der einen Seite erodiert, je mehr die Auseinandersetzungen mit den Balkanstaaten zunehmen, das bisherige Fundament griechischer Sicherheitspolitik, so daß die dem Gleichgewichtsdenken verpflichtete griechische Politik ihre Bündnispartner verliert. Auf der anderen Seite gelingt es der griechischen Seite kaum, das Verhältnis zur Türkei zu entspannen. Die Türkei bleibt unverändert der Hauptwidersacher. Vertrauensbildung und Bemühen um Lösungen stagnieren. Daher wird sich die Türkei aus griechischer Sicht in Zukunft als eine eher wachsende denn abnehmende Bedrohung darstellen.

Heinz-Jürgen Axt

Der Verfasser ist Professor an der Technischen Universität Berlin und externer Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Betreuer: Gerhard Wettig

---

<sup>1</sup> Was hier nur knapp gestreift werden kann, ist ausführlich dargestellt in: Heinz-Jürgen Axt/Heinz Kramer, Entspannung im Ägäiskonflikt? Griechisch-türkische Beziehungen nach Davos, Baden-Baden 1990. Vgl. auch Heinz Richter, Friede in der Ägäis? Zypern-Ägäis-Minderheiten, Köln 1989.